



Barthle-Brief

Nr. 71

Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

22.2.2013

Thema der Woche:

Bildung und Forschung bleiben Schwerpunkte der Politik der Union **Johanna Wanka vereidigt – Annette Schavan mit neuem parlamentarischem Betätigungsfeld**

Der Wechsel im Amt der Bundesministerin für Bildung und Forschung ist Anlass, Annette Schavan für ihre herausragenden Leistungen als Ministerin in Baden-Württemberg und im Bund zu danken. Deutschland und seine Bildungs- und Forschungslandschaft haben ihr viel zu verdanken. Mit Annette Schavan verliert unser Land eine engagierte, stets im Dienst der Sache stehende Ministerin, die dem Bundestag und der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg zum Glück erhalten bleibt. Die von ihr durchgesetzten Mittelsteigerungen im Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) betonen den Stellenwert, den die christlich-liberale Koalition diesem wichtigen Politikfeld beimisst. In der ersten Landesgruppensitzung nach ihrem Rücktritt am 9. Februar würdigten die Abgeordneten der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg ihre herausragende Arbeit, aber auch die Art und Weise, wie sie zusammen mit der Bundeskanzlerin Angela Merkel den Rücktritt vom Amt der Bundesministerin für Bildung und Forschung vollzogen habe. Die Landesgruppe zollte ihr für diese Entscheidung sehr viel Respekt und sicherten ihr für ihr weiteres politisches Engagement volle Unterstützung zu.

Neben ihrem Wahlkreis Ulm, in dem sie erst Ende Januar mit einem sehr überzeugenden Ergebnis wieder als Kandidatin für den Deutschen Bundestag nominiert wurde, wird sich ihr parlamentarisches Engagement zukünftig auf die Arbeit im Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung erstrecken. Hier wird sie ihrem Landesgruppenkollegen Klaus Riegert nachfolgen. Anlässlich der Vereidigung ihrer Nachfolgerin, Johanna Wanka, an diesem Donnerstag im Deutschen Bundestag nahm Annette Schavan die Würdigung durch den Bundestagspräsidenten Norbert Lammert mit einem Lächeln entgegen. Bei der feierlichen Zeremonie bedankte sich Lammert unter großem Beifall der Abgeordneten für ihre langjährige Arbeit und betonte: „Annette Schavan hat sich durch ihre Amtsführung in Politik wie in Wissenschaft Respekt und Anerkennung erworben.“

Mit Frau Prof. Dr. Johanna Wanka tritt eine profilierte Bildungs- und Wissenschaftspolitikerin in das Bundeskabinett ein. Die Bürgerrechtlerin, die 1989 das Neue Forum in Merseburg mitbegründete, hat als Professorin, Rektorin, Landesministerin und als Präsidentin der Kultusministerkonferenz erfolgreich in der Wissenschaft und für die Wissenschaft gearbeitet. Die 61-jährige Mathematikerin hatte bereits zuvor angekündigt, Annette Schavans Kurs in der Bildungs- und Forschungspolitik treu zu bleiben. Sie werde sich dafür einsetzen, dass die Priorität für Bildung und Forschung erhalten bleibe.

Um die Bildungs- und Forschungspolitik ist es gut bestellt. Deutschland verfügt 2013 über den stärksten Bildungs- und Forschungshaushalt und steht auch international als dynamisches Hochtechnologiegebiet hervorragend da. Die erfolgreiche Bildungs- und Forschungspolitik ist eine wesentliche Grundlage für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands – die christlich-liberale Koalition wird weiter mit großem Nachdruck für die Verstärkung dieser Politik und ihrer Finanzierung eintreten.

Dass es in der Bildungspolitik nicht nur um die internationale Konkurrenz um Zukunftstechnologien geht, zeigt der Nationale Bildungsbericht 2012 der Bundesregierung, der an diesem Freitag im Plenum debattiert wurde und der in diesem Jahr ganz im Zeichen der kulturellen Bildung steht. Selbst wenn der Bund nur wenige Zuständigkeiten im Bereich der Bildungspolitik besitzt, so versteht er es doch, feine und dabei deutliche Akzente zu setzen. Die kulturelle Bildung ist ein unverzichtbarer Anteil der Persönlichkeitsbildung. In allen Bereichen der Bevölkerung und allen Lebensphasen besteht ein großes Interesse daran. Der diesjährige Bildungsbericht legt umfangreiches und verlässliches Zahlenmaterial dazu vor und zeigt auf, dass sich die Politik der christlich-liberalen Koalition an den Bedürfnissen der Menschen in Deutschland orientiert und gerade im Bereich der Bildungs- und Forschungspolitik hervorragende Ergebnisse aufzuweisen hat.

Regierungserklärung zum EU-Haushalt

An diesem Donnerstag gab Bundeskanzlerin Angela Merkel eine Regierungserklärung zu den Ergebnissen des Europäischen Rates vom 7. und 8. Februar in Brüssel ab. Darin verteidigte sie die Beschlüsse zum EU-Haushalt. Der in Brüssel gefundene 960-Milliarden-Euro-Kompromiss könne sich „sehen lassen“, befand die Bundeskanzlerin. Der Finanzrahmen ermögliche mehr Wettbewerb sowie eine nachhaltige Stabilisierung des Euro, sagte Merkel. Mit ihm werde ein klares Signal gesendet, dass Europa wieder auf mehr Wachstum und mehr Beschäftigung setze, dabei aber nicht die Stabilität des Euro aus dem Auge verliere. Der Haushalt trage den Realitäten Rechnung. Es wäre niemandem zu vermitteln gewesen, wenn alle in Europa sparen müssten, nur Europa selbst nicht, sagte sie. Neben Kürzungen im Agrarbereich und bei den Fördermitteln für strukturschwache Regionen seien aber auch Investitionen in die Zukunft vorgesehen. Dabei nannte sie die aufgestockten Mittel für Erasmus-Programme zum Studentenaustausch sowie für den Ausbau von Transport- und Energienetzen. Hintergrund: Die europäischen Staats- und Regierungschefs haben sich im Rahmen des Sondergipfels am 7./8. Februar 2013 auf einen Entwurf für den mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union (EU) geeinigt. Damit ist das Fundament gelegt für die Beratungen darüber, welche Mittel der EU in den Jahren 2014 bis 2020 zur Verfügung stehen sollen. Die gewachsene wirtschaftliche Kraft Deutschlands führt auf der einen Seite zu einer moderaten Erhöhung der deutschen Nettozahlungen und zu einer Reduzierung der Rückflüsse. Auf der anderen Seite steht allerdings die wichtige Botschaft, dass erstmals eine Kürzung der Ausgabenobergrenzen im Vergleich zum aktuellen Finanzrahmen vereinbart worden ist. Wenn die Mitgliedstaaten konsolidieren müssen, können die Ausgaben der EU nicht in den Himmel wachsen. Für das Inkrafttreten des nunmehr vorgelegten neuen Finanzrahmens ist die Zustimmung des Europäischen Parlaments erforderlich.

Bundeswehr in Mali

Einen Tag nach dem Kabinettsbeschluss für einen erweiterten Bundeswehreinsatz in Mali hat sich am Mittwoch bereits der Bundestag erstmals mit dem Thema befasst. Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière warb an diesem Mittwoch um Unterstützung für zwei Mandate, die der Deutsche Bundestag bereits in der kommenden Woche beschließen soll. De Maizière räumte ein, dass der Einsatz für die deutschen Soldaten Gefahren berge.

„Ich will darüber keinerlei Illusionen verbreiten“, betonte der Minister. Die militärische Intervention sei zudem erst der Beginn auf dem „Weg zur nachhaltigen Beilegung des Konflikts in Mali“. Dennoch betonte de Maizière, dass die Entscheidung der Bundesregierung „gut überlegt“ sei. „Sie ist eindeutig, sie ist international abgestimmt und sie ist verantwortlich“, fügte er hinzu.

Hintergrund: Beim ersten Mandat geht es um die Beteiligung Deutschlands an einer EU-Ausbildungsmission für die malische Armee, im zweiten um die Unterstützung des französisch-afrikanischen Einsatzes in Mali mit Transport- und Tankflugzeugen. Zum Transport französischer und afrikanischer Einheiten sind bereits drei Transall-Flugzeuge der Bundeswehr im Einsatz. Das Mandat sieht bis zu 150 deutsche Soldaten für die Transportflugzeuge und für die Luftbetankung französischer Kampffjets vor. Die seit Januar laufende militärische Nothilfe Frankreichs hat bereits verhindert, dass das gesamte Land in die Hände islamistischer Extremisten fiel. Die Menschen in den Städten im Norden des Landes wurden von der Terrorherrschaft der Islamisten befreit. Der UN-Sicherheitsrat hatte bereits im Dezember ein internationales Eingreifen mit allen erforderlichen Maßnahmen abgesegnet, um die territoriale Integrität Malis wiederherzustellen.

Langfristig muss die malische Regierung in die Lage versetzt werden, die Nordhälfte des Landes eigenständig zu kontrollieren. Hierfür will die EU die militärischen Fähigkeiten der malischen Armee verbessern. Deutschland übernimmt die Aufgabe der sanitätsdienstlichen und Pionierausbildung. Zunächst sollen voraussichtlich 40 Spezialisten für die Pionierausbildung sowie 40 Ärzte und Sanitäter entsandt werden, die ein Feldlazarett betreiben. Die christlich-liberale Koalition befürwortet beide Mandate. Denn bei einer weiteren Schwächung der staatlichen Autorität droht Mali zu einem Rückzugsort für islamistische Terrorgruppen und zu einem Umschlagplatz für den illegalen Handel mit Menschen, Waffen und Drogen zu werden. Eine solche Entwicklung gefährdet auch die Sicherheit Deutschlands und Europas. Entscheidend für die Stabilisierung Malis ist der politische Prozess. Eine rein militärische Lösung kann es nicht geben.

Zitat:

„Es wäre niemandem in Europa vermittelbar gewesen, wenn alle in Europa sparen müssen, nur Europa selbst nicht.“ *(Bundeskanzlerin Angela Merkel an diesem Donnerstag in ihrer Regierungserklärung zu den Ergebnissen des Europäischen Rates)*